

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

23. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 22. Mai 1970	Nummer 75
---------------------	--	------------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
2061	17. 4. 1970	RdErl. d. Innenministers Errichtung und Benutzung von privaten Schießstandanlagen für Schußwaffen	862

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Innenminister	
20. 4. 1970	RdErl. — Anwendung von hochgiftigen Stoffen zur Schädlingsbekämpfung; Durchführung des Gastrestnachweises	862
	Personalveränderungen	
	Innenminister	863
	Finanzminister (Berichtigung zum MBL. NW. S. 698)	863
	Landtag Nordrhein-Westfalen	
	Tagesordnung für die 75. und 76. Sitzung (52. Sitzungsabschnitt) des Landtags Nordrhein-Westfalen am Donnerstag, dem 21. Mai, und Freitag, dem 22. Mai 1970, in Düsseldorf, Haus des Landtags	864

2061

Errichtung und Benutzung von privaten Schießstandanlagen für Schußwaffen

RdErl. d. Innenministers v. 17. 4. 1970 —
I C 3/19—45.10.14

Die unter Nummer 2.23 des Gem. RdErl. v. 15. 10. 1957 (SMBL. NW. 2061) veröffentlichte Liste der zugelassenen Sachverständigen, die von den örtlichen Ordnungsbehörden zur Begutachtung privater Schießstandanlagen für Schußwaffen herangezogen werden können, erhält folgende Fassung:

- a) Bornheim, Max, 46 Dortmund, Hainallee 8, Fernsprecher: 52 52 68
- b) Claessens, Wolfgang, 415 Krefeld, Inrather Straße 760
- c) Doehring, Rudolf, 463 Bochum, Steinkuhlstraße 13
- d) Grunewald, Wilhelm, 4 Düsseldorf-Lohausen, Lilienthalstraße 74, Fernsprecher: 43 11 59
- e) Lang, Heinz, 42 Oberhausen, Wasserstraße 1a
- f) Ludorf, Franz, 4018 Langenfeld/Rhld., Isarweg 5, Fernsprecher: 1 55 83
- g) Müller, Michael, 53 Bonn, Haydnstraße 57, Fernsprecher: 3 60 05
- h) Prekel, Heinrich, 44 Münster, Wibbeltstraße 11, Fernsprecher: 2 85 90
- i) Quente, Werner, 3491 Pömsen, Kreis Höxter, Siedlung 152, Fernsprecher: 0 52 74/6 02
- j) Roggenland, Eduard, 44 Münster, Ramertsweg 14, Fernsprecher: 5 75 85
- k) Schaaf, Walter, 43 Essen, Luisenstraße 13
- l) Schlagbaum, Karl-Heinz, 565 Solingen-Wald, Krautstraße 27
- m) Selle, Friedrich, 4322 Sprockhövel, Fänkenstraße 36
- n) Strube, Claus-Henning, 4 Düsseldorf-Gerresheim, Peckhausweg 59, Fernsprecher: 69 16 86
- o) Walther, Albino, 51 Aachen, Mariabrunnstraße 48
- p) Weber, Hans-Heinrich, 495 Minden, Sandtrift 47, Fernsprecher: 48 47
- q) Wittler, August, 493 Detmold, Johanettentaler Straße 3

— MBL. NW. 1970 S. 862.

II.

Innenminister

Anwendung von hochgiftigen Stoffen zur Schädlingsbekämpfung Durchführung des Gasrestnachweises

RdErl. d. Innenministers v. 20. 4. 1970 —
VI A 4 — 44.60.00

Die auf Grund der Verordnung über die Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen vom 29. Januar 1919 (RGBl. I S. 165) erlassenen Rechtsverordnungen sind, soweit sie Landesrecht enthalten, in die Anlage I des Gesetzes zur Bereinigung des als Landesrecht fortgeltenden ehemaligen Reichsrechts vom 13. Januar 1970 (GV. NW. S. 18) — RGS. NW. — unter Gliederungsnummer 2126 aufgenommen worden.

Soweit in diesen Rechtsverordnungen Bestimmungen über den Gasrestnachweis bei Durchgasungen mit hochgiftigen Stoffen in geschlossenen Räumen getroffen sind, bitte ich, bei der Durchführung und Überwachung folgende Stellungnahme des Bundesgesundheitsamtes vom 9. 9. 1969 — C V — 8430 — 1684/69 — zu beachten:

„Die vielfach bewährten Prüfröhrchen der Firma Drägerwerk, Lübeck, und auch diejenigen der Firma Auergesellschaft GmbH, Berlin, sind hauptsächlich für die Anwendung in der Gewerbetoxikologie entwickelt worden. Beson-

ders die Dräger-Prüfröhrchen werden in Verbindung mit der dazugehörigen Saugpumpe in sehr großem Umfang zur Bestimmung von Luftkonzentrationen gesundheitsschädlicher Stoffe im Bereich der MAK-Werte (Maximale Arbeitsplatzkonzentrationen) benutzt. Diese Prüfröhrchen leisten mehr als qualitative Nachweise, indem sie quantitative Bestimmungen recht hoher Empfindlichkeit mit ausreichender Genauigkeit und guter Reproduzierbarkeit ermöglichen.

Man kann diese Methode auch für qualitative Nachweise benutzen. So wurden z. B. Prüfröhrchen zum Nachweis auf den Stoffkarten „Methylalkohol“ und „Tetrachlorkohlenstoff“ der Informationskartei des Bundesgesundheitsamtes empfohlen, die seit 1967 an die Informations- und Behandlungszentren für Vergiftungen in der Bundesrepublik Deutschland verteilt wird. Bei diesen Nachweisen handelt es sich um die Erkennung akuter Vergiftungen durch größere Mengen von Stoffen, die entweder als solche oder als Bestandteile von Mitteln im häuslichen Bereich zu Vergiftungen führen.

Die Frage nach der Eignung von Prüfröhrchen zum Gasrestnachweis für die Freigabe von Räumen, in denen Durchgasungen oder Begasungen mit Äthylenoxid, Cyanwasserstoff oder Phosphorwasserstoff stattgefunden haben, wirft grundsätzliche Fragen auf. Prüfröhrchenmethoden sind auf diesem Gebiet nur angezeigt, wenn keine anderen geeigneten Gasrestnachweisverfahren bekannt sind. Prüfröhrchen sind Handelsprodukte. Bei einer so verantwortungsvollen Entscheidung wie der Freigabe von Räumen, in denen hochgiftige Gase oder Dämpfe in relativ hohen Konzentrationen angewendet worden sind, ist es problematisch, wenn man sich auf die Messung mit einem industriell gefertigten Prüfröhrchen verläßt, für dessen Zuverlässigkeit im Einzelfall niemand die Verantwortung trägt. Ein Prüfröhrchentyp kann zwar die Eigenschaften besitzen, die vom Hersteller auf den Packungen angegeben werden, er kann sich auch in der Praxis der Gewerbetoxikologie sehr bewährt haben. Trotzdem ist nicht mit Sicherheit auszuschließen, daß gelegentlich Prüfröhrchen verwendet werden, die trotz der Firmenkontrolle den Anwendungszweck nicht oder nicht ganz erfüllen. Dies dürfte zwar selten sein, aber gerade in dem hier in Rede stehenden Bereich soll man jede Unsicherheit ausschalten.

Für **Methylbromid** ist die **Halogen-Nachweislampe** die für den Gasrestnachweis beste Methode, sie hat aber den Nachteil der Feuergefährlichkeit unter ungünstigen Umständen.

Mit dem Dräger-Prüfröhrchen „**Methylbromid 5/b'**“ sind hier sehr gute Erfahrungen gemacht worden. Auch reicht seine Empfindlichkeit für den Gasrestnachweis aus. Die Prüfröhrchen „**Phosphorwasserstoff 0,1 a'**“ der Firma Dräger und „**PH₃ — 0,1 — GT'**“ der Firma Auer haben sich hier ebenfalls als geeignet erwiesen. Allerdings zeigen beide Prüfröhrchen als untere Meßgrenze den MAK-Wert von 0,1 ppm = 0,15 mg/m³ Luft an; sie eignen sich also nicht ohne weiteres für den Gasrestnachweis in bewohnten Räumen. Da Phosphorwasserstoff-Begasungen jedoch, abgesehen von der Anwendung im Freiland, nur für Silozellen und Lagerräume in Gebäuden oder auf Schiffen in Betracht kommen, dürfte die anderweitig zu geringe Empfindlichkeit ausreichen. Für die Praxis besser geeignet ist bei Phosphorwasserstoff übrigens das Röhrchen der Firma Auer, weil es eine dunkelbraune Verfärbung zeigt, während das entsprechende Dräger-Röhrchen sich blau-grau verfärbt. Diese Färbung ist in der Praxis und bei den niedrigen Konzentrationen nicht so leicht erkennbar. Im übrigen sind die Messungen nur zuverlässig, wenn die Prüfröhrchen mit der Saugpumpe der gleichen Herstellerfirma kombiniert werden.

Um dem genannten Vorbehalt gegen Prüfröhrchenmessungen als Gasrestnachweis zu begegnen, bestehen folgende Möglichkeiten:

1. Man könnte von der Herstellerfirma der Prüfröhrchen eine Garantie auf Funktionsfähigkeit verlangen, wenn die Röhrchen für Gasrestnachweise verwendet werden sollen.
2. Man könnte dem Begasungsleiter, der verantwortlich für die Freigabe der Räume ist, auferlegen, den Gasrestnachweis mit je zwei Prüfröhrchen aus zwei verschiedenen Packungen durchzuführen. Dadurch würden eventuelle Produktionsfehler mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erkennbar werden.“

— MBL. NW. 1970 S. 862.

Personalveränderungen**Innenminister****Nachgeordnete Behörden**

Es sind ernannt worden:

Polizeipräsident in Bochum
 Kriminalrat H. Kraemer zum Kriminaloberrat
 Oberkreisdirektor als Kreispolizeibehörde — Schwelm —
 Kriminalrat W. Brandt zum Kriminaloberrat
 Oberkreisdirektor als Kreispolizeibehörde — Unna —
 Polizeirat G. Krause zum Polizeioberrat
 Regierungspräsident — Detmold —
 Kriminalrat H. Hartmann zum Kriminaloberrat
 Polizeipräsident — Duisburg —
 Kriminalrat G. Holz zum Kriminaloberrat
 Polizeihauptkommissar H. Zallmann zum Polizeirat
 Polizeipräsident — Essen —
 Polizeihauptkommissar F. Czirr zum Polizeirat
 Polizeipräsident in Wuppertal
 Kriminalrat G. Leßmann zum Kriminaloberrat
 Polizeidirektor — Krefeld —
 Kriminalrat G. Schlicht zum Kriminaloberrat
 Regierungspräsident — Münster —
 Kriminalrat H. Heitmann zum Kriminaloberrat
 Polizeipräsident in Recklinghausen
 Polizeirat F. Noweck zum Polizeioberrat
 Polizeidirektor — Münster —
 Kriminalrat A. Möllers zum Kriminaloberrat
 Polizeihauptkommissar F. Muddemann zum Polizeirat
 Höhere Landespolizeischule NW Münster
 Kriminalrat W. Witkowski zum Kriminaloberrat

Landeskriminalamt Düsseldorf
 Kriminalrat G. Kierstein zum Kriminaloberrat
 Kriminalrat W. Klein zum Kriminaloberrat
 Kriminalrat J. Sons zum Kriminaloberrat

Landeskriminalschule NW Düsseldorf
 Kriminalrat E. Rosenberg zum Kriminaloberrat

Es sind in den Ruhestand getreten:

Polizeipräsident in Dortmund
 Polizeioberrat H. Heise
 Polizeipräsident — Düsseldorf —
 Kriminaldirektor Dr. B. Wehner
 Polizeioberrat H. Hüttner
 Polizeioberrat J. Runkel

Polizeipräsident in Wuppertal
 Polizeioberrat E. Breul

Polizeidirektor — Krefeld —
 Polizeioberrat J. Keiter

Polizeipräsident — Gelsenkirchen —
 Schutzpolizeidirektor G. Blüchel

— MBl. NW. 1970 S. 863.

Berichtigung
 zu den

Personalveränderungen — Finanzminister
 (MBl. NW. S. 698)

Die letzte Ernennung unter **Ministerium** muß richtig
 lauten: „Oberamtsrat W. Höhne zum Regierungsbaurat“.

— MBl. NW. 1970 S. 863.

Landtag Nordrhein-Westfalen
— Sechste Wahlperiode (ab 1966) —

TAGESORDNUNG

für die 75. und 76. Sitzung (52. Sitzungsabschnitt) des Landtags Nordrhein-Westfalen
am Donnerstag, dem 21. Mai, und Freitag, dem 22. Mai 1970, in Düsseldorf, Haus des Landtags

Beginn der Plenarsitzungen jeweils 10.00 Uhr vormittags

Nummer der Tages- ordnung		Drucksache	Inhalt	Bemerkungen
1	2023		Fragestunde	
2	2024 2000		3. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes	
3	2025		2. und 3. Lesung des Entwurfs eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (7. Besoldungsänderungsgesetz — 7. LBes.ÄndG —)	
4	1926		3. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes	
5	2026 1752		2. und 3. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landespersonalvertretungsgesetz — LPVG)	
6	1998		2. und 3. Lesung des Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Juristenausbildungsgesetz — JAG) Berichterstatter: Abg. Dr. Klose (CDU)	
7	2027 1596		Bericht des Ausschusses für Jugend und Familie über den Antrag der Fraktion der CDU betr. Zuständigkeit und Finanzierung bei Einrichtungen und Maßnahmen der Jugend- und Familienhilfe	
8	2003 1914		2. und 3. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen Berichterstatter: Abg. Heinen (CDU)	
9	2002		2. und 3. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Vergnügungssteuer Berichterstatter: Abg. Pürsten (CDU)	
10	2005		2. und 3. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über das Landesblindengeld Berichterstatter: Abg. Grundmann (CDU)	
11	2022		2. und 3. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Gutachterstellen bei den Ärztekammern Berichterstatter: Abg. Knoll (FDP)	
12	1995 1244 1825		2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Richterwahl im Lande Nordrhein-Westfalen und des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes Berichterstatter: Abg. Dr. Weimann (CDU)	
13	1961		Abkommen über die Verlängerung des Abkommens über die Errichtung eines Deutschen Bildungsrates — Regierungsvorlage —	
14	1969 1664		Bericht des Verkehrsausschusses über den Antrag der Fraktion der FDP betr. innerdeutscher Luftverkehr Berichterstatter: Abg. Bessel (SPD)	

Nummer der Tages- ordnung	Drucksache	Inhalt	Bemerkungen
15	2007 1673	Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Landeshaushaltsrechnung 1967 mit dem Bericht des Landesrechnungshofes über die Ergebnisse der Rechnungsprüfung für das Rechnungsjahr 1967 und der Stellungnahme der Landesregierung zu dem Bericht Berichterstatter: Abg. Ermert (SPD)	
16	2028 1169	Bericht des Ausschusses für Soziales und Gesundheit über den Antrag der Fraktion der CDU betr. Gesamtplanung zur vorbeugenden Hilfe und Rehabilitation Körperbehinderter, Sinnesgeschädigter, geistig, seelisch oder sozial Behinderter	
17	1992	Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses über die Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben einschließlich der Haushaltsvorgriffe im Betrage von 10 000 DM und darüber im 4. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1969 Berichterstatter: Abg. Dr. Solbach (SPD)	
18	1991	Bericht des Justizausschusses über 1. Verfassungsbeschwerden der a) Gemeinde Dahl, Ennepe-Ruhr-Kreis, wegen des Gesetzes zur Neugliederung des Ennepe-Ruhr-Kreises vom 16. Dezember 1969 — VGH 10/70 — b) Gemeinde Waldbauer wegen des Gesetzes zur Neugliederung des Ennepe-Ruhr-Kreises vom 16. Dezember 1969 — VGH 11/70 — c) Stadt Blankenstein wegen des Gesetzes zur Neugliederung des Ennepe-Ruhr-Kreises vom 16. Dezember 1969 — VGH 13/70 — 2. Verfassungsrechtliche Prüfung des § 141 LBG Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1966 (GVBl. S. 427), soweit er den Anspruch des beim Tode der Beamtin in ehelicher Lebensgemeinschaft lebenden Witwers auf Witwengeld dem Grunde und der Höhe nach vom Bestehen eines gesetzlichen Unterhaltsanspruchs des Witwers gegen seine verstorbene Ehefrau abhängig macht — Aussetzungs- und Vorlagebeschluß des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 2. Oktober 1969 — 1 K 528/68 — 2 BvL 48/69 —	
19	—	Beschlüsse zu Petitionen — Übersichten Nrn. 42 und 43 —	

Stopp den Unfall



aktion gegen den unfall '70
im Lande Nordrhein-Westfalen
Hauptverband der gewerblichen
Berufsgenossenschaften e.V., Bonn

Einzelpreis dieser Nummer 0,90 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf,

Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.

Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert.

Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 15,80 DM, Ausgabe B 17,— DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.